

waren zu 83,3% (im April 83%) ausgelastet und der Gewinnsatz von Unternehmen lag im Durchschnitt bei 7,41% (7,59%). Mit einem Zuwachs von 30% gegenüber dem Vorjahresmonat lag der Auftragszugang aus dem In- und Ausland ungefähr auf gleicher Höhe wie im April. Aber im Hinblick auf die weitere Entwicklung läßt sich eine Wende erkennen. Der Frühindikator zeigte nach der Zunahme von 3% im April einen Rückgang auf 0,87% im Mai. 50% der Unternehmer glauben an eine Abnahme der Auftragsgänge in den kommenden drei Monaten. Der Anteil der Unternehmer, die auch ein Sinken der Konjunktur sehen, nahm von 20% (April) auf 24% zu. Nur 13% sahen die Entwicklung weiterhin rosig (LHB, 27.6.87).

Nach Schätzung des Amtes für Budget und Statistiken sollte das Brutto-sozialprodukt (BSP) im ersten Halbjahr 1987 auf Jahresbasis eine Zuwachsrate von 10,61% haben (im vorjährigen Vergleichszeitraum 8,82%), höher als die ursprüngliche Erwartung von 9,75%. Das Pro-Kopf-BSP des ersten Halbjahres wurde auf 75.516 NT\$ (umgerechnet 2.241 US\$) geschätzt, eine Zunahme von 11,11% gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum. Bei den einzelnen Branchen ist die Produktion in der Industrie um 14,11%, bei Dienstleistungen um 7,8% und in der Landwirtschaft um 1,19% gestiegen.

Nach den gleichen Angaben sind die Importpreise um 8,72%, Großhandelspreise um 3,8% gefallen, während die Verbraucherpreise geringfügig um 0,96% gestiegen sind (ZYRB, 25.6.87). -ni-

**\*(53)**  
**Einkommensschere zwischen Spitzenpolitikern und Industriearbeitern**

Nach der jüngsten Gehaltserhöhung in diesem Jahr hat der Staatspräsident einen Monatsverdienst von 474.000 NT\$ (31 NT\$ = 1 US\$) und sein Stellvertreter 355.500 NT\$. Der Ministerpräsident sowie seine Kollegen, d.h. die Präsidenten der anderen vier Yuan, beziehen monatlich ein Gehalt von 110.600 NT\$ und ein Minister 63.200 NT\$. Ein General ersten Ranges verdient so viel wie der Ministerpräsident, ein General zweiten Ranges so viel wie ein Minister. Auch die Diäten eines Mitglieds der Staatsparlamentsorga-

ne, d.h. der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs- und des Kontrolllyuan, liegen so hoch wie das Gehalt eines Minister (LHB, 18.6.87).

Im letzten Jahr sind die Löhne und Gehälter in der Wirtschaft ebenfalls drastisch gestiegen. Im Januar 1987 bekam z.B. ein Arbeitnehmer in der Herstellungsindustrie durchschnittlich eine Vergütung von 22.307 NT\$, ein Zuwachs von 61% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Zwischen Januar 1982 und Januar 1986 war das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in dieser Branche von 11.600 NT\$ auf nur 13.874 NT\$ gestiegen (ZYRB, 2.6.87). -ni-

## Hongkong und Macau

**\*(54)**  
**Blitzbesuch des chinesischen Außenministers in Hongkong**

Auf der Rückreise von seinem Besuch in Lateinamerika machte der chinesische Außenminister Wu Xueqian am 20. Juni Zwischenstation in Hongkong. Er war andert-halb Stunden Gast von Gouverneur Sir David Wilson in dessen Villa. Insgesamt hielt er sich zweieinhalb Stunden in Hongkong auf und fuhr von dort über die Grenze in die benachbarte chinesische Wirtschaftszone Shenzhen (DGB, 22.7.87).

Der Blitzbesuch Wus fand große Beachtung in Hongkong, nicht weil er als erster führender Regierungspolitiker Beijings Wilson seit dessen Amtsantritt im April d.J. besuchte, sondern weil er zu einer Zeit kam, als die britische Kolonialregierung mit der Veröffentlichung des sogenannten "Grünen Papiers" Ende Mai eine lebhafte Diskussion über politische Reformen in Hongkong auslöste und die Chinesen in Beijing zu der Warnung veranlaßte, an eine Einführung von Direktwahlen zum Legislativrat der Kolonie - die gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 im Juli 1997 an China zurückgegeben werden soll - sei 1988 nicht zu denken. In der Überseeausgabe von *Liaowang* von Mitte Juni (nach DGB, 20.6.87) wies Li Hou, Generalsekretär des Komitees für den Entwurf eines Grundgesetzes der künftigen chi-

nesischen Sonderverwaltungszone Hongkong und stellvertretender Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat, darauf hin, daß eine "un-überlegte" Durchführung von Direktwahlen nicht im Geist der sino-britischen Übereinkunft sei, da sie nicht an dem - noch nicht ausgearbeiteten - Grundgesetz anknüpfen könne.

Wus Begegnung mit Wilson wurde zwar als ein "rein privater Besuch" bezeichnet, doch räumte der chinesische Außenminister gegenüber der Presse ein, daß in seinen Gesprächen mit dem Gouverneur auch das Thema Direktwahlen in Hongkong angetastet worden sei. Diese Frage habe er auch auf seiner letzten Auslandsreise mit dem britischen Außenminister Geoffrey Howe in Thailand und Europa dreimal erörtert (DGB, 23.6.87).

Kurz nach Wus Rückkehr aus Hongkong revidierte Li Hou sein Interview mit *Liaowang*. Er habe zwar seine Besorgnis über eine un-überlegte Einführung von Direktwahlen 1988 in Hongkong geäußert, aber es sei nicht seine Meinung, daß politische Reformen in Hongkong der sino-britischen Vereinbarung widersprächen (TKB, 25.6.87). -ni-

**\*(55)**  
**Regierungskrise in Macau**

Nur ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist der Gouverneur der portugiesischen Exklave Macau, Joaquim Pinto Machado, zurückgetreten (DGB, 1.6.87). Die Nachricht kam auch deshalb überraschend, weil noch am 13. April d.J. Lissabon und Beijing ein Abkommen über die Rückgabe Macaus an China im Dezember 1999 unterzeichnet hatten (siehe dazu C.a., April 1987, S.320 ff). Doch der Rücktritt des Gouverneurs hat mit dem Abkommen nichts zu tun, sondern ist die Folge eines Machtkampfes innerhalb der Regierung.

Machado, ein parteiloser Politiker, wurde im letzten Jahr dank seiner Wahlhilfe für Mario Soares bei den Präsidentschaftswahlen von diesem zum 125. Gouverneur von Macau ernannt. Zu seiner Regierung gehören zwei wichtige Minister (under secretary), der für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus, Carlos Monjardino, und der für Administration, Antonio Vitorino, die wie

Soares Sozialisten sind und im Vergleich zum Gouverneur größeres Vertrauen des Präsidenten genießen. In den letzten Monaten mehrten sich in der portugiesischen Presse Nachrichten über eine Regierungskrise in Macau und das Gerücht von Machados Rücktritt. Die Lage spitzte sich zu, als Machados vertrauter Mitarbeiter, der Minister für Sozialpolitik und Gesundheit und gleichzeitig Regierungssprecher, Nuno Delerue, am 20. April wegen seiner Absicht, für die Sozialdemokraten bei den bevorstehenden portugiesischen Parlamentswahlen im Juli zu kandidieren, sein Rücktrittsgesuch einreichte. Bei einem Gespräch von Machado und Delerue mit Soares am 29. April in Lissabon wurde angeblich vereinbart, daß Delerue bis zum 24. Juni im Amt bleiben sollte. Am 30. Mai aber wurde vom Präsidenten ohne weitere Rücksprache mit dem Gouverneur Delerues Rücktritt offiziell genehmigt. Aus Ärger und Protest ersuchte Machado noch am gleichen Tag beim Präsidenten auch um seinen eigenen Rücktritt (*Jiushi-niandai*, Hongkong, Juli 1987, S.60). In einer Erklärung des gleichen Tages begründete er seine Entscheidung damit, daß er auf "die Würde seines Amtes" nicht verzichten könne.

Laut letzter Meldung hat Präsident Soares am 3. Juli Carlos Melancia (59) zum Nachfolger von Machado ernannt (AP, 3.7.87, nach DGB, 5.7.87). -ni-

OSKAR WEGGEL

## Die chinesische Osteuropapolitik

- Beobachtungen zur Rundreise  
Zhao Ziyangs durch  
fünf Ostblockstaaten -

### Gliederung:

1. Der Stellenwert Osteuropas in der bisherigen chinesischen Außenpolitik
  - 1.1. Akzentverschiebung
  - 1.2. Gezeiten der Wirtschaftsbeziehungen
  - 1.3. "Frieden" und "Reformen" als politische Gemeinsamkeiten
  - 1.4. Parteibeziehungen
  2. Die Stationen der Besuchsreise
    - 2.1. Polen (4.-8. Juni 1987)
    - 2.2. DDR (8.-11. Juni)
    - 2.3. Tschechoslowakei (11.-14. Juni)
    - 2.4. Ungarn (14.-18. Juni)
    - 2.5. Bulgarien (18.-21. Juni)
  3. Schlußbewertung
    - 3.1. Das (etwas blasse) offizielle Resümee
    - 3.2. Was auffiel
      - 3.2.1. Die Beziehungen Chinas zur EG sind unkomplizierter und eingespielter
      - 3.2.2. Osteuropa - interessant wegen seines potentiellen Beitrags zur chinesischen Modernisierung
      - 3.2.3. Die Osteuropapolitik bleibt von der chinesischen UdSSR-Politik weitgehend getrennt
      - 3.2.4. Die Vierteilung des Ostblocks
      - 3.2.5. Beijing hofft auf gesamteuropäische Regionalisierungsentwicklungen

1. Der Stellenwert Osteuropas in der bisherigen chinesischen Außenpolitik

1.1. Akzentverschiebung  
Am 3. Juni begab sich Ministerpräsident Zhao Ziyang auf eine lange Reise, die ihn vom 4. bis 21. Juni nach Polen, in die DDR, in die CSSR, nach Ungarn und Bulgarien - und anschließend noch, nämlich vom 21. bis 24. Juni, nach Pakistan führte.

In einem Zug wurden damit fünf der insgesamt acht "realsozialistischen" osteuropäischen Staaten aufgesucht. Mit zwei anderen Staaten, nämlich Jugoslawien und Rumänien, bestehen Sonderbeziehungen, die durch eigene Balkanreisen gepflegt werden - eine Tradition, die bis auf den Besuch des damaligen Ministerpräsidenten Hua Guofeng im August 1978 zurückgeht (dazu C.a., September 1978, S.570-573).

Bezeichnend übrigens, daß Jugoslawien und Rumänien vor den anderen "Fünf" einen "Vorsprung" von fast zehn Jahren haben!

Mit dem dritten, von Zhao diesmal nicht besuchten Staat, nämlich Albanien, sind, wie in einer Übersicht dieses Heftes näher zu erläutern ist, die Weichen für eine Verbesserung der lange Zeit getrübbten Beziehungen gestellt worden.

Lange Zeit pflegte China in seiner Osteuropapolitik den Aspekt einer "antihegemonistischen Einheitsfront" gegen die Sowjetunion zu betonen. Die antisowjetische Komponente war besonders in der chinesischen Rumänien- und Jugoslawienpolitik auszumachen, ließ sich aber auch aus den Erklärungen zur Lage in den anderen Ostblockländern stets unmißverständlich herauslesen.

In der Zwischenzeit sind sozioökonomische Aspekte in den Vordergrund gerückt.

Beijing kündigte an, daß Zhao Ziyang mit seinen Gastgebern vor allem Wege zum Ausbau der bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen erkunden, mit ihnen Meinungen über wichtige internationale Fragen austauschen und Informationen über neue Entwicklungsstrategien einziehen wollte.